

Z. B. die Kybernetik. Die passte als Steuerungstheorie und -praxis sowohl in einen wissenschaftlichen Sozialismus wie Kapitalismus. Anfang der 1970er erlebte Chile unter Salvador Allende einen kurzen Sommer der Kybernetik. (Also nicht wörtlich, sondern das waren zwei Jahre.) CyberSyn für Cybernetic Synergy sollte ein Rückkopplungssystem werden, das relevante Informationen liefert und alle in die sozialistisch-demokratische Steuerung einschließt. Die Idee zu einer demokratischen, datengestützten Planwirtschaft stammt vom damaligen Finanzminister Fernando Flores, der den britischen Management-Kybernetiker Stafford Beer hinzuholte. Der Militärputsch von Pinochet setzte dem Experiment ein Ende und der wunderbare Kontrollraum [Folie 5] ist dann ziemlich schnell



Folie 5

Fast 50 Jahre später sehen wir heute ein weiteres, neues kybernetisches Großmodell, den Social Score im „sozialistischen Kapitalismus“ – so nennen die sich tatsächlich – Chinas. Nur dass hier nicht Produktions- und andere Gesellschaftsdaten allen zur Ent-

scheidungsfindung zugänglich gemacht werden, sondern Personendaten von allen der Partei. Aber auch den Bürgern untereinander, die in einer gamifizierten Rückkopplung aufeinander achten, um das allgemeine Wohlergehen zu stärken.

Meine letzte „Was wäre, wenn“-Frage: Können wir uns eine Gesellschaft vorstellen, in der Big Data „for good“ verwendet wird? In der Sachfragen faktengestützt, interdisziplinär und mit breiter Beteiligung einer dazu befähigten Bevölkerung behandelt werden? Ob Entscheidungen über die Nutzung des elektromagnetischen Spektrums, Maßnahmen zu Zivilisierung des Online-Gesprächs, Vielfaltsfördernde Meinungstechnologien wie Empathie, die Chancen der KI. In der die so als gemeinwohlerungen auch tatsächlich umsetzen von technischen, psychischen und zu der Völkerverständigung führt, die IKT inhärent immer versprochen hat.

Mehr Fragen als Antworten. Ich bin sicher, alle Anwesenden haben bereits die Erfahrung gemacht, dass weder Philosophie, Psychologie noch Politologie oder Soziologie der Informatik Handreichungen geben kann, wie sie ihrer Verantwortung für soziotechnische Systeme gerecht werden kann. Diese Antworten können nur im interdisziplinären Gespräch und im Gespräch mit der Gesellschaft gefunden werden und ich freue mich darüber, dass das FIFF genau solche Gespräche führt und Räume wie diese FIFFKon anbietet, wo ein solches Gespräch möglich ist. Wenn ich mir zum Schluss noch etwas wünschen dürfte, dann, dass das FIFF viel häufiger sein Gewicht in die Waagschale der öffentlichen Diskussion wirft. Vielen Dank.



FIFF-Konferenz 2018

Gemeinwohl, Demokratie und gute Arbeit in der digitalen Gesellschaft – Von Macht und Mitgestaltung

Verschriftlichung des Vortrags von Annette Mühlberg

Manche Menschen kaufen sich ganze Städte oder Teile davon, doch der damit verbundenen Gestaltungsmacht ist bislang wenig entgegengesetzt worden. Denn es geht nicht – wie etwa bei Le Corbusier – um das Unterbringen der eigenen ArbeiterInnen, sondern viel wesentlicher um Macht und Kontrolle von Verkehr, Kommunikation, Energie und Arbeit kompletter urbaner Räume. Technische Zentralisierung unterminiert etwa die rechtlich und politisch gebotene Gewaltenteilung und die Mitbestimmung von lokalen Behörden.

Was also ist die demokratische Antwort darauf? Wir müssen neue Regularien finden, insbesondere auch für die Arbeitswelt mit ihren sehr bestimmenden Machtasymmetrien. Dies drückt sich u. a. auch ganz konkret in demokratisch auszuhandelnden Anforderungen an die dort verwendeten IT-Systeme aus. Fachleute aus Informatik, Recht oder Politik müssen dafür ebenfalls einbezogen werden.

Ich rede heute nicht nur zu Smart Cities, sondern allgemein über die Frage von Gemeinwohldemokratie und guter Arbeit in der digitalen Gesellschaft und wurde gebeten, auch dieses ganz speziell nochmal aus dem Blickwinkel von Macht und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu beleuchten.

Das trifft sich gut, weil ver.di seit einiger Zeit jährlich einen Kongress veranstaltet, der sich mit den Fragen der Digitalisierung von Arbeitswelt und Gesellschaft auseinandersetzt und gerade in diesem Jahr galt er dem Thema „Gemeinwohl in der digital vernetzten Gesellschaft“. Wir arbeiten daran, denn wir begrei-

fen uns als Mitgestalter, sowohl als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als auch als Bürger. Und als solche stellen wir Anforderungen an die Rahmenbedingungen von Arbeitswelt und Gesellschaft. Besonders wichtig für uns ist, dass wir über eine Vision unseres Gemeinwesens verfügen, die nicht die Interessen von Digitalunternehmen ins Zentrum stellt sondern vielmehr die Bedürfnisse von Menschen als Bürger und Beschäftigte.

Es stellt sich die Frage, welchen technischen und ethischen Kriterien die Gestaltung unserer IT-Infrastrukturen und Arbeits- und Geschäftsprozessen unterliegen muss, damit wir in Freiheit,



selbstbestimmt und demokratisch leben und arbeiten können, in Würde, solidarisch, sozial gerecht und nachhaltig.

Wie also können wir diese fantastische digitale Technik zum Wohle aller nutzen, ohne Freiheits- und Persönlichkeitsrechte aufzugeben, ohne in technische Abhängigkeiten von Herstellern und in Lock-in-Effekte zu geraten, ohne unsere Sicherheit zu gefährden und kritische Infrastrukturen und notwendige Dienstleistungen „hack-bar“ zu machen, ohne politische und ökonomische Machtkonzentrationen zu fördern und ohne in einen globalen Strudel von Lohn- und Sozialdumping zu geraten. Wie können wir das Prozesswissen der arbeitenden Menschen für Innovationen nutzen? Welche Kriterien sind relevant für die demokratische Gestaltung unserer IT-Infrastrukturen? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen und politischen Initiativen benötigen wir, um das Gemeinwohl wachsen und gedeihen zu lassen? Hierzu hat ver.di bereits von zehn Jahren das Berliner Manifest zu Daseinsvorsorge in der Informationsgesellschaft verabschiedet, das wir in diesem Jahr mit einem Update versehen wollen.

So sahen die Überschriften damals aus:

1. Grundversorgung und offener Zugang!
2. Wissen teilen, Wissen mehren!
3. Keine Privatisierung öffentlicher Güter im virtuellen Raum!
4. Selbstverwaltung und öffentliche Steuerungsfähigkeit stärken!
5. Verlässliche demokratische Verfahren und Standards!
6. E-Government mit offenen Standards!
7. Kritische Infrastrukturen sichern!
8. Daten- und Persönlichkeitsschutz verwirklichen!
9. E-Demokratie für ArbeitnehmerInnen, Mitbestimmung stärken!
10. Öffentliche Daseinsvorsorge nicht IT-Lobbyisten überlassen!

Eine zentrale Herausforderung für Arbeitswelt und Gesellschaft heute ist, dass uns die demokratische Steuerungsfähigkeit und Entscheidungshoheit nicht entgleitet und dass Prozesse überhaupt noch mitgestaltbar und mitbestimmbar sind.

Angesichts der ungeheuren Finanzkraft einzelner Personen und Unternehmen, die in der Lage sind, ganze Stadtteile und Landstriche mit Wohnungen und Betrieben und Agrarland aufzukaufen müssen wir uns vor der Möglichkeit eines solchen Ausverkaufs schützen.

Bill Gates hat sogar angekündigt, gleich eine ganze Stadt, eine Smart City in der Wüste von Arizona zu errichten. Er hat das

Geld dafür. Ihm geht es dabei nicht um die Schaffung des so dringend benötigten sozialen Wohnraums, ihm geht es nicht um Initiativen von neuem Wohnen kombiniert mit neuer Technik, wie es mal bei Le Corbusier oder Ernst May oder noch, genau vor 150 Jahren dem Unternehmer Staub am Herzen lag, gute Wohnungen zu schaffen, die auch mit einer guten Infrastruktur ausgestattet sind. Nein, ihm geht es darum, die Dinge des alltäglichen Lebens zentral zu steuern mittels digitaler High-Speed-Netzwerke.

Wir müssen uns auch vor Quasi-Privatisierungen in acht nehmen. Zum Beispiel wurde in Kanada die Gestaltung eines ganzen Stadtviertels von Toronto an die Google-Tochter Sidewalk Labs übertragen. „Stadtluft macht frei“, heißt es, doch damit ist es vorbei, wenn Smart Cities nach den Interessen von Technologiekonzernen geformt werden. Und ich habe gestern nochmal in Wikipedia nachgesehen, und da stand dann drin, ich zitiere: „... hochentwickelte Smart City kann ein Internet of Things and Services sein. Die gesamte städtische Umgebung ist dabei mit Sensoren versehen, die sämtliche erfassten Daten in der Cloud verfügbar machen: So entsteht eine permanente Interaktion zwischen Stadtbewohnern und der sie umgebenden Technologie. Die Stadtbewohner werden so Teil der technischen Infrastruktur einer Stadt.“ Das nenne ich menschenzentriert, das nenne ich richtig cool. Kein Wunder, dass der BigBrotherAward dieses Jahr an ein solches Konzept von Smart City ging.

Es gibt auch Staaten, die solche totalitären Infrastrukturkonzepte vorantreiben wollen. Und was macht unsere öffentliche Hand? Sie sucht sich zumeist mit Auslagerungen, Privatisierungen und Verkauf öffentlichen Eigentums zu helfen, statt offensiv neue Aufgaben zu Sicherung von Demokratie und Gemeinwohl zu übernehmen. Dabei könnte sie auch ihre Marktmacht nutzen, um mittels kluger Richtlinien zur Vergabe soziale und gemeinwohlorientierte Strategien umzusetzen. Barcelona gibt dafür ein gutes Beispiel.

Berliner Manifest – Update

Es gäbe viel für die öffentliche Hand zu tun und ich steige gleich in ein Update unseres Manifests ein, und die Fortentwicklung der Kriterien, auf die wir bei der Gestaltung von Arbeitswelt und Gesellschaft achten sollten.

Grundversorgung und offener Zugang

Wir brauchen dringend Bezahlsysteme, die nicht bei jedem Online-Einkauf zur Personalisierung beitragen. Ich möchte das noch ergänzen um entsprechende Liefersysteme, denn wir wollen ja online nicht nur das Lesen von Artikeln bezahlen können, sondern auch Produkte, die wir bestellen, empfangen können.

Wissen teilen, Wissen mehren. Innovative Angebote der öffentlichen Hand: Gute Tools für alle

Die öffentliche Hand sollte endlich die Verantwortung zur Gewährleistung datenschutztechnisch sauberer Kommunikati-

onstools übernehmen. Wir brauchen dringend Alternativen zu WhatsApp, GoogleDocs, Skype und natürlich auch vernünftige Verschlüsselungstools.

Keine Privatisierung öffentlicher Güter im virtuellen Raum. Schaffung neuer Gemeingüter

Wir sollten Open-Data-Strategien so anlegen, dass sie sich den Daten öffentlicher Relevanz widmen, seien sie aus dem öffentlichen oder auch privaten Sektor. Dabei muss sichergestellt werden, dass keine personenbeziehbaren Daten verwendet werden und sie auch nicht im Kontext von Big Data deanonymisiert werden können. Ich denke, da haben wir einen heftigen Brocken vor uns und müssen uns alle gemeinsam Gedanken machen.

Selbstverwaltung und öffentliche Steuerungsfähigkeit stärken

Die demokratische Steuerungsfähigkeit ist das A und O und Volker [Grassmuck] hat schon vorhin die Vorteile der Dezentralität erläutert (siehe ab Seite 40 in diesem Heft); wir müssen das wirklich auch als ein Demokratieelement betrachten.

Verlässliche demokratische Verfahren und Standards

Wenn wir Freiheit und Demokratie erhalten wollen, dann dürfen wir unser Leben und unser gesellschaftliches Tun nicht nach Scoring-Punkten ausrichten. Es wurde schon mehrfach auf dieser Konferenz erwähnt, aber man kann es gar nicht oft genug sagen: das ist der Bereich, wo wir wirklich initiativ werden müssen. Wir wollen kein chinesisches Credit-Score-System, das per Punktesystem das Sozialverhalten seiner Bürger einstuft. Punkte, die über das Zustandekommen oder eben Nicht-Zustandekommen von Mietverträgen entscheiden können, von Krediten, Krankenversicherungen und Arbeitsverhältnissen. Dieser Gefahr müssen wir offensiv und strukturell begegnen. Wir müssen konzeptionell unsere IT-Infrastrukturen, Arbeits- und Geschäftsprozesse so ausrichten, dass sie einem Social Scoring entgegenstehen. Und konzeptionell heißt auch langfristig und missbrauchsresistent. Wir haben jetzt gerade den Hack mit Facebook erlebt, missbrauchsresistent war das definitiv nicht. D. h., wir müssen auch beim Aufbau von personalisierten Bürgerkonten Vorsicht walten lassen, damit aus solchen nicht schnell auch noch Bürgerakten werden können. Und eins muss klar sein: Man muss sich im digital vernetzten Raum frei bewegen können, ohne dass man zu einem üblen Kuhhandel gezwungen wird, der da heißt: Grund- und Verbraucherrechte gegen den Zugang zu elementaren Dienstleistungen wie Stromversorgung, Fernsehen, Gesundheits- und Autoversicherungen. Hier muss privacy-by-design gelten. Und wie sich das Private und das Berufliche vermischt, das kann ich genau am Beispiel Autoversicherungen mal darstellen: Wir haben Situationen, wo Betriebsräte vor die Frage gestellt werden, ob sie den Deal eingehen und sagen, sie stimmen einer Totalüberwachung beim Autofahren zu, weil dann die Versicherung billiger wird, und dafür gibt es dann ein paar Goodies und Leckerle im Betrieb selbst, als Ausgleich. Hier werden ganz konkret die Beschäftigtenrechte durch Autoversicherungspraktiken herausgefordert.

Technologische Souveränität, öffentlich relevante Infrastrukturen mit offenen Standards

Des Weiteren müssen wir für technologische Souveränität sorgen, wobei freie Software und offene Standards wichtige Faktoren sind. Der Staat darf nicht in technische Abhängigkeiten geraten – er ist schon drin, aber er sollte nicht drin sein – und muss die Wahrung der Persönlichkeitsrechte bei seinen Angeboten, z. B. Suchfunktionen auf Web-Seiten von staatlichen Krankenhäusern – gewährleisten, und darf diese nicht an Google abtreten.

Kritische Infrastrukturen sichern

Wir müssen prüfen, ob die Plattformökonomie neue, kritische Versorgungsinfrastrukturen erzeugt hat, die wir sichern müssen. Wenn Pflegeleistungen über Plattformen vermittelt werden, dann gehören solche zu kritischen Infrastrukturen, und wenn Wasser- und Getränkelieferungen nur noch über Plattformen funktionieren, dann gehört auch dies zu kritischen Infrastrukturen, und all dieses müssen wir uns vergegenwärtigen.

Wir benötigen, wie es auch in der Smart-City-Erklärung von netzpolitik.org betont wird, bei kritischen Infrastrukturen analoge Backup-Systeme und entsprechend sowohl digital als auch analog geschultes Personal für solche Fälle.

Daten- und Persönlichkeitsschutz verwirklichen

Wir wollen den Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte verwirklichen, auch und gerade in der Arbeitswelt. Hier gilt es, die Auswirkung neuer Technik auf die Beschäftigten zu prüfen bevor sie eingeführt wird. Und ich richte dieses nicht nur als Appell, sondern das ist ein elementarer Bestandteil, über den wir mit Informatikerinnen und Informatikern unbedingt reden müssen, denn es geht darum, die Technik schon im Interesse der Beschäftigten zu gestalten.

Ich nenne hier als Beispiele die Armbänder zum Tracken von Bewegungen und Körperfunktionen, die Stimmanalyse zur Bewertung des Emotionszustandes sowie Anforderungen an Beschäftigte, sich Chips implantieren zu lassen. Nicht schön, wäre aber toll, wenn die Messung unserer alleinigen Kontrolle unterliegen würde.

Beschäftigtendatenschutz verwirklichen

Und das hier ist richtig ernst: In Call-Centern soll die Stimmanalyse mittels Künstlicher Intelligenz regeln, dass die Aufträge nur an die Kollegen gehen, deren emotionaler Zustand auf eine hohe Wahrscheinlichkeit eines guten Verkaufsabschlusses schließen lässt. Was bedeutet das? Du sitzt da, hast eine Runde zuviel gegähnt beim ersten Gespräch und – schwupps – bist Du draußen. Du kriegst keinen Auftrag mehr. Wie Du Deine Miete bezahlst, ist der KI egal, die Chance ist vorbei, hier haben wir wirklich ein elementares Problem und ich frage mich, wo bleibt da die Würde des Mitarbeiters, wie steht es um die ethischen Kriterien bei der Entwicklung solcher Totalüberwachungssoftware?

Der Economist hat im März zur KI-Bespitzelung am Arbeitsplatz ein eigenes Heft entwickelt, ich kann nur sagen: Das lohnt sich.

RFID-Chips, Magnete, Sensoren kennen wir als Arbeitstools in Kleidern, Brillen und Geräten, doch nun werden sie nicht mehr nur außerhalb des Körpers eingesetzt, sondern direkt in den menschlichen Körper implantiert. Nicht zur Verbesserung der Gesundheit oder als Selbstexperiment sondern mit dem Motiv der Zurichtung des Menschen auf einen ganz bestimmten Arbeitsplatz. Das gibt es bereits, und zwar nicht irgendwo transatlantisch, sondern im europäischen Schweden, wo im Zentrum für High-Tech-Start-Ups den Mitarbeitern ein Mikrochip unter die Haut ihres Handrückens operiert wird; damit lassen sich Türen öffnen, Kopierer bedienen und perspektivisch Arbeitsunterlagen darauf speichern; die Kollegen sollten damit gelockt werden, dass sie ja ihren Kaffee dann auch ganz easy mit einer Handbewegung bezahlen können.

Mitbestimmung stärken

Mit so einer Praxis gehen nicht nur gesundheitliche Gefährdungen einher, sondern auch Fremdbestimmung und Kontrolle. Auch deshalb ist es wichtig, die Mitbestimmung zu stärken. Und natürlich wird in Zeiten von Künstlicher Intelligenz die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von automatisierten Entscheidungsprozessen immer wichtiger. Sie ist die Voraussetzung für die Mitbestimmbarkeit und Mitgestaltbarkeit, denn eine Black Box kann man weder demokratisch kontrollieren, noch auf sicherheitsrelevante Abläufe prüfen.

Strategie der Bundesregierung zu KI neu ausrichten

Die Bundesregierung hat gerade eine Strategie zu Künstlicher Intelligenz vorgelegt und dazu einen Konsultationsprozess eröffnet. Ich möchte hier ein paar Punkte aus gewerkschaftlicher Sicht darlegen: Dazu gehört, dass wir klare Ethikregelungen mit Grundwertbindungen für systemrelevante Infrastrukturen fordern, Rechenschaftspflichten, die Definition von Verantwortlichkeiten und das Verbot autonomer Waffensysteme, die Kennzeichnungspflicht für Chatbots, die Offenlegung der Verteilung von Rationalisierungsgewinnen – dies ermöglicht wiederum die Re-Investition von KI-Gewinnen zugunsten gesellschaftlicher Bedarfssfelder, sozialer Innovation und Qualifizierung – und wir treten ein für die

gründliche Erprobung und somit konzeptionelle Entschleunigung bei der Umsetzung autonomer Entscheidungsprozesse.

Gute Arbeit fördern

Wir wollen gute Arbeit fördern, dazu gehört unter anderem digitale Mündigkeit, Weiterbildung, gesundes Arbeiten verbunden mit einem zeitweiligen Recht auf Telearbeit und einem Recht auf „log off“. Ich denke, es ist allen bekannt, der Burn-Out hat dramatisch zugenommen und es besteht ein direkter Zusammenhang in der Entgrenzung der Arbeit und der Arbeitszeit, insofern sind das ganz wichtige Faktoren.

Solidarsysteme erhalten

Wir wollen die Solidarsysteme erhalten und soziale Sicherheit auch unter den Bedingungen der Plattformökologie gewährleisten. Ich nehme an, viele kennen das Statement von Lukas Biewald, der davon schwärmte:

„Ohne das Internet wäre es richtig schwer gewesen, jemanden zu finden und zehn Minuten für sich arbeiten zu lassen und dann zu feuern. Aber jetzt mit der Technologie findet man sie, zahlt ihnen winzige Geldbeträge und wird sie los, wenn man sie nicht mehr braucht.“

(Lukas Biewald, zitiert nach Marvit in: The Nation, 04.02.2010)

Sie sehen, das erzeugt Handlungsbedarf. Wir sehen das anders als er und kümmern uns aktiv um faire Standards und gute Entlohnung, um Autonomie ohne Prekarität, um Sozialpartnerschaft statt Willkürherrschaft. Und – Stichwort Willkürherrschaft – möchte ich kurz noch einmal auf das Phänomen Uber eingehen, was hier gottseidank noch nicht ganz so verbreitet ist, aber es gibt ja starke Tendenzen, es doch mehr zuzulassen. Wir haben hier mit der Plattform-Ökonomie eine neue Situation, wo gerade die Akteure, die immer super-viel Transparenz überall fordern, selber total intransparent handeln, wo ein System entsteht, wo de facto Arbeitgeber sagen: „Wir sind nur Plattformbetreiber, wir haben damit gar nichts zu tun, wir übernehmen keinerlei Verantwortung“, können aber diejenigen, die ihren Lebensunterhalt als De-Facto-Taxifahrer verdienen, ohne Ankündigung, ohne Information, denn es gibt ja keinen Vertrag, von der Plattform aus-



Annette Mühlberg

Annette Mühlberg leitet bei der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) die Projektgruppe *Digitalisierung* und ist im Bereich Politik und Planung zuständig für digitale Arbeit, Netzpolitik, E-Government. Sie engagiert sich für Demokratie, Gemeinwohl und Gute Arbeit in der digital vernetzten Welt. Bereits 2003 war sie Mitglied der Regierungsdelegation zum Weltgipfel zur Informationsgesellschaft; 2005 wurde sie in die Internetnutzerververtretung von ICANN und 2010 als Sachverständige in die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags zu *Internet und digitale Gesellschaft* berufen. Sie vertritt ver.di beim Konsortium für *Online-Plattform-Genossenschaften* sowie beim Steering Committee des deutschen Internet Governance Forums. Sie ist Autorin von Artikeln zu Arbeitswelt, Demokratie und gemeinwohlorientierter Infrastruktur im Kontext von Digitalisierung und entwickelte Bausteine für E-Government-Dienstvereinbarungen.

schließen. Das ist dramatisch, das sind Zustände, das ist Wildwest, das können wir so nicht dulden und nicht tolerieren als demokratische Gesellschaft, deshalb ist es wirklich wichtig, dass wir hier vorangehen und sagen, wir brauchen dafür klare Regelungen.

Gemeinwohl nicht IT-Lobbyisten überlassen

Wir wollen neue und innovative Wege gehen, das sollte auch der Staat im Sinne des Gemeinwohls, mit neuen Bündnispartnern, wie beispielsweise Onlineplattform-Genossenschaften, weil da

ist das dann ganz anders gelagert, da haben die Beschäftigten selbst die Kontrolle über die Gestaltung dieser Plattformen und die Regularien. Der Staat sollte für soziale Standards Sorge tragen und sich auch um die künftige Finanzierung der Daseinsvorsorge kümmern. Auch da möchte ich kurz an das gestrige Referat anknüpfen und sagen ja, das ist sehr wichtig, dass wir uns auch um Steuern kümmern insofern das Modell Tax-by-Design auch im Kopf haben. Die Persönlichkeitsrechte sind elementare Voraussetzungen für die Demokratie, die spezifische Machtasymmetrie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfordern ein eigenes Beschäftigtendatenschutzgesetz.



FIfF-Konferenz 2018

Protective Optimization Technologies (POT): The revolution will not be optimized?

Verschriftlichung des Vortrags von Seda Gürses¹

In the 1990s, software engineering shifted from packaged software and PCs to services and clouds, enabling distributed architectures that incorporate real-time feedback from users. In the process, digital systems became layers of technologies metricized under the authority of objective functions.

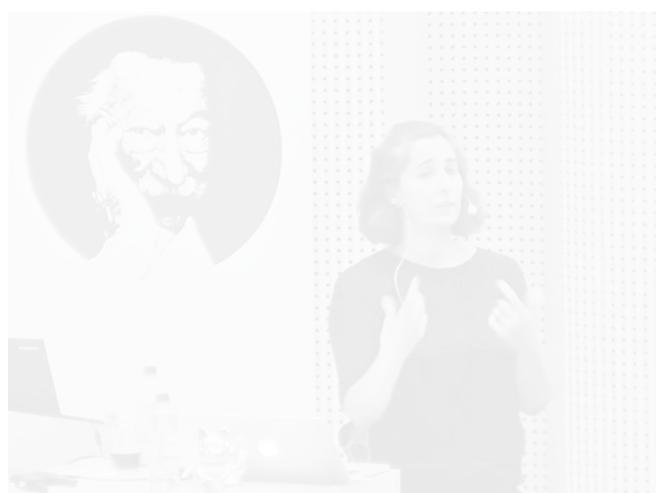
These functions drive selection of software features, service integration, cloud usage, user interaction and growth, customer service, and environmental capture, among others. Whereas information systems focused on storage, processing and transport of information, and organizing knowledge – with associated risks of surveillance – contemporary systems leverage the knowledge they gather to not only understand the world, but also to optimize it, seeking maximum extraction of economic value through the capture and manipulation of people's activities and environments. The ability of these optimization systems to treat the world not as a static place to be known, but as one to sense and co-create, poses social risks and harms such as social sorting, mass manipulation, asymmetrical concentration of resources, majority dominance, and minority erasure. In the vocabulary of optimization, these harms arise due to choosing inadequate objective functions. During the talk, I will provide an account of what we mean by optimization systems, detail their externalities and make a proposition for Protective Optimization Technologies.

Prolog: Funding matters

Zunächst eine kleine Ankündigung: Wir haben kürzlich eine Kritik an der Auswahl der privaten Sponsoren für Privacy-Konferenzen formuliert, die mittlerweile in vielen Ländern sehr üblich geworden ist. Wir haben mit einem eindeutigen Beispiel angefangen: Palantir ist bekannt dafür, Überwachungssysteme für Polizei- und Geheimdienstbehörden zu entwickeln, und ist einer der Hauptsponsoren der Amsterdam Privacy Conference. Wir haben die Organisatoren gebeten, das zu ändern. Bisher haben wir keine befriedigende Antwort erhalten. Wir wollen die Kritik ausweiten, ausgehend von Palantir, wo das Problem offensichtlich ist. Ebenso gibt es berechtigte Einwände gegen Google, Facebook, Amazon und zahlreiche andere Sponsoren im Kontext von Privacy-Konferenzen. Wir müssen eine breite Diskussion darüber führen. Mittlerweile haben wir über 200 Unterschriften. Sie sind eingeladen, das heute auch zu unterzeichnen oder einfach die Diskussion auch in Deutschland fortzuführen, wo es Konferenzen gibt, die von problematischen Zusammenstellungen von Sponsoren getragen werden.

Zusammenfassung

Es geht wesentlich um drei Punkte: (1) Ich werde differenzieren, was Künstliche Intelligenz in der Wissenschaft, auf dem



Markt und in der Technologiepolitik ist. Für die letzten beiden möchte ich betonen, dass hier in der Vergangenheit schon viele Investitionen in beliebige Technologien gemacht worden sind. Es gibt also ein großes Angebot an Investitionen und es wird versucht, durch die Technologiepolitik einen Bedarf zu schaffen. Es ist sozusagen eine umgekehrte Ökonomie. (2) Wir hören seit 60 Jahren, dass Künstliche Intelligenz kommt und die Welt ändert, und ich habe das Gefühl, dass das, was als Künstliche In-